

# Fraktiondirekt

Das Magazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Dezember 2018

Sonder-  
ausgabe zum  
CDU-Bundes-  
parteitag

## Das Leben der Bürger besser machen

Eine Zwischenbilanz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



**3**

Die Lage  
*Ralph Brinkhaus*

**4**

Die Themen  
*Garant für einen starken Staat*

**8**

Die Themen  
*Familien im Mittelpunkt*

**12**

Die Themen  
*Gute Bildung und starke  
Forschung für Deutschland*

**16**

Das Gespräch  
*Ralph Brinkhaus über Projekte,  
Werte und den Politikstil der  
Fraktion*

**20**

Die Themen  
*Zwischen EU und trans-  
atlantischer Partnerschaft*

**23**

Der Überblick  
*Die ersten Projekte der  
Koalition auf einen Blick*

**24**

Die Fraktion  
*Das »C« ist für uns Programm*

**26**

Die Fraktion  
*Kurzporträts der  
23 Arbeitsgruppen*

**39**

Die Meinung  
*Alexander Dobrinth*

**40**

Die Veranstaltung  
*100 Jahre Frauenwahlrecht*

**40**

Impressum



© Bundespolizei

**4**

CDU und CSU stehen in der Koalition für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Deshalb setzt sich die Fraktion für eine bessere technische und personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden ein. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen neue Befugnisse bekommen.

**8**

Die Förderung von Familien liegt der Unionsfraktion besonders am Herzen. Familien werden daher in vielen Lebenslagen unterstützt und entlastet, die Vereinbarkeit von Beruf und häuslichen Pflichten gezielt verbessert.



© Westend61/Fotolia



© ilhegehoeg/Fotolia

**12**

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands hängt von seiner Innovationskraft ab. Investitionen in Bildung und Forschung sind aus Sicht der Unionsfraktion Voraussetzung dafür, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt.

**20**

Deutschland ist fest verankert in Europäischer Union und transatlantischer Partnerschaft. In diesem Rahmen trägt es zur Lösung internationaler Probleme bei. Ab 2019 wird Deutschland auch für zwei Jahre Mitglied im Weltsicherheitsrat sein.



© lucitanija/Fotolia

## Liebe Leserinnen und Leser,

beim Parteitag in Hamburg steht die CDU vor einem personellen Neuanfang. Nach 18 erfolgreichen Jahren an der CDU-Spitze wird Angela Merkel den Parteivorsitz abgeben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt Angela Merkel für ihr außerordentliches Wirken in diesem Amt. Als Bundeskanzlerin kann sie weiterhin auf die tatkräftige Unterstützung der Fraktion zählen. Wir werden auch mit dem oder der neuen Vorsitzenden eng zusammenarbeiten.

Was die große Koalition seit der Bundestagswahl 2017 auf die Beine gestellt hat, kann sich sehen lassen. Wir alle müssen mehr über die Verbesserungen für die Bürger reden. Wir tun mehr für die Familien, stärken die Pflege, stabilisieren die Renten und entlasten die Bürger bei den Krankenkassenbeiträgen. Die Koalition erhöht die Zahl der Sicherheitsbeamten und kommt auch bei der Steuerung der Zuwanderung voran.

Wir haben einen »Herbst des Handelns« versprochen. Diese Ankündigung haben wir wahrgemacht. In dieser Sonderausgabe von »Fraktion direkt« geben wir Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Beschlüsse. Unsere Arbeitsgruppen stellen Ihnen darüber hinaus ihre Ziele für die kommenden Monate vor.

Wir wollen alles daransetzen, diese Koalition zum Erfolg zu führen. Es geht darum, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu bewahren. Dafür wird die Bundestagsfraktion über die Gesetzgebungsarbeit hinaus Impulse setzen. Die 246 Abgeordneten haben viele Ideen dafür.

CDU und CSU müssen alles unternehmen, Volksparteien zu bleiben. Dabei sollten wir uns durchaus an unseren ersten Vorsitzenden Konrad Adenauer erinnern. Adenauer und die vielen anderen Mitbegründer der CDU wussten, wie wichtig es ist, Menschen aus allen Berufen, aus allen Regionen des Landes und aus allen gesellschaftlichen Schichten in einer Partei zusammenzuführen. Adenauer lehrt uns immerhin auch, dass Nationalismus nie die Antwort auf die drängenden Probleme der Zeit sein kann.

*Ralph Brinkhaus*



© Tobias Koch

**Ralph Brinkhaus**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion



Die Unionsfraktion setzt sich für mehr Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes ein, darunter der Bundespolizei.

# Garant für einen starken Staat

In der Koalition stehen CDU und CSU für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit

**D**ie Menschen in unserem Land erwarten zu Recht, dass der Staat sie davor schützt, Opfer von Kriminalität oder gar terroristischen Anschlägen zu werden. Natürlich nehmen die Bürgerinnen und Bürger damit die Politik in die Pflicht. Sie muss die Voraussetzungen dafür schaffen und sicherstellen, dass der Staat diese Aufgabe erfüllen und seiner Verantwortung gerecht werden kann. Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat diese Verantwortung für sich angenommen und das Thema der Inneren Sicherheit in den Fokus ihrer Arbeit gerückt. Denn, so sagt der innenpolitische Sprecher Mathias Middelberg: »Wir alle wissen: ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.«

Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Die Zahl der verübten Straftaten ist im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Wert seit 1992 gefallen. Aus Sicht der Unionsfraktion muss alles dafür getan werden, dass diese Entwicklung sich auch in Zukunft fortsetzt. In der Sicherheitspolitik gibt es stets neue Bedrohungen, auf die es Antworten zu finden gilt. Gegenwärtig zählt dazu der islamistische Terrorismus, dessen Bekämpfung ein langes Ringen erfordern wird. Aber auch vom Links- und Rechtsextremismus, das zeigen die Geschehnisse beim G20-Gipfel in Hamburg und zuletzt in Chemnitz, gehen erhebliche Gefahren für die Innere Sicherheit aus. Stephan Harbarth, bisheriger Vizefraktionschef für die Bereiche Innen und Recht, erklärt: »Wir können es unter keinen Umständen dulden, dass Extremisten den öffentlichen Raum besetzen oder dass versucht wird, das Gesetz selbst in die Hand zu nehmen. Dafür gibt es in unserem Rechtsstaat keinen Platz. Wir müssen hier bereits den Anfängen ganz entschieden wehren.«

## Bessere Ausstattung – neue Befugnisse

Auf die Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit hat die Unionsfraktion bereits reagiert und wird auch in Zukunft in zwei Richtungen antworten: Es geht zum einen um die technische und personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden. Und zum anderen darum, Polizei und Staatsanwaltschaft mit neuen Befugnissen auszustatten und Gesetze dort zu verschärfen, wo es notwendig ist.

»Der Polizei den Rücken stärken«

»Es ist uns wichtig, denjenigen den Rücken zu stärken, die jeden Tag den Kopf für uns hinhalten – die Polizei«, bringt es Stephan Harbarth auf den Punkt. Auf Initiative der Unionsfraktion wurde deshalb im vergangenen Jahr der strafrechtliche Schutz von Polizeibeamten und anderen Einsatzkräften verstärkt. Die Bundespolizei wird zum Schutz der Beamten, aber auch zur besseren Strafverfolgung mit Bodycams ausgestattet.



Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (Mitte) hat Mitte November mit einigen Abgeordneten die Bundespolizei in Brandenburg besucht. Rechts im Bild der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Mathias Middelberg

© Tobias Koch

Wichtig ist zudem die verstärkte personelle Unterstützung der Sicherheitsbehörden. Nachdem bereits in der vergangenen Wahlperiode rund 10.000 neue Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes beschlossen wurden, soll die Zahl der Polizisten bis 2021 noch einmal um 15.000 erhöht werden, wovon der Bund 7.500 zusätzliche Stellen schaffen wird.

CDU und CSU haben unter anderem die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls ins Zentrum ihrer Arbeit gerückt. Wohnungseinbruch wird leichthin als »Alltagskriminalität« bezeichnet, ist für viele Opfer aber mit traumatischen Erfahrungen verbunden. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass fast die Hälfte der Einbruchversuche erfolglos abgebrochen wird, wenn Schutzvorkehrungen vorhanden sind. Der Prävention kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu – und für sie gibt es jetzt noch mehr Geld: 50 Millionen Euro pro Jahr für bauliche Maßnahmen zur Eigensicherung beim Einbruchschutz. Hinzu komme, sagt Stephan Harbath, dass »wir der SPD abringen konnten, den Wohnungseinbruch härter zu bestrafen«. Die Summe der Maßnahmen zeigt inzwischen erste Erfolge: Die Kriminalitätsstatistik wies im Mai erstmals einen deutlichen Rückgang der Wohnungseinbrüche aus, und zwar um fast 25 Prozent.

»Einbruch ist für die Opfer immer eine traumatische Erfahrung.«

### Kampf gegen die organisierte Kriminalität verschärft

Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität wurden die hierfür erforderlichen Gesetzesgrundlagen auf Drängen von CDU und CSU bereits in der vergangenen Legislaturperiode geschaffen. Mathias Middelberg fordert darüber hinaus: »Nachdem wir in Berlin und Bremen, aber auch im Ruhrgebiet gesehen haben, dass einige wenige kriminelle Großfamilien unsere Sicherheitsbehörden massiv beschäftigen, müssen wir der Bildung neuer Clan-Strukturen von Anfang an wirkungsvoll begegnen.« Und das geschieht: Von der Möglichkeit, kriminelles Ver-

mögen leichter einziehen zu können, über die Verschärfung der Geldwäsche-Regelungen bis hin zu einer deutlichen Verschärfung des Ausweisungsrechts. »Das jüngste Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden in Berlin zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind«, sagt der CDU-Innenpolitiker.

Auch wenn der Kampf der Sicherheitsbehörden gegen den Terrorismus eines langen Atems bedarf, nimmt man es auch hier Schritt für Schritt mit dieser Herausforderung auf: Reisen in terroristische Ausbildungslager sind jetzt strafbar. Die Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft. Gefährder können intensiver überwacht und in ihrer Bewegungsfreiheit durch elektronische Fußfesseln eingeschränkt werden. Der Bund will gemeinsam mit den Ländern das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum für einen besseren Informationsaustausch und verbindlichere Absprachen zwischen den Beteiligten weiterentwickeln.

# Ordnen – Steuern – Begrenzen

## Migration auch 2018 im Fokus der Innenpolitik

**F**akt ist, dass die seit dem Jahr 2015 auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene getroffenen Maßnahmen im Bereich der Migration zu einem kontinuierlichen Rückgang der Asylantragszahlen in Deutschland geführt haben. Derzeit liegt die Zahl der Asylgesuche in etwa auf dem Niveau von 2014, also dem Jahr vor Ausbruch der Flüchtlingskrise. Gleichwohl bedarf es zusätzlicher Maßnahmen auf allen Ebenen staatlichen Handelns, um die Migrationslage weiter zu stabilisieren.

Auf Drängen von CDU und CSU wurde deshalb im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart, zum einen den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern und zum anderen sogenannte AnKER-Zentren einzurichten. Ankunft, Entscheidung, Verteilung auf die Kommunen oder auch Rückführungen – alles wird dort von den verschiedenen Behörden Hand in Hand erledigt. Mittlerweile haben in Bayern, Sachsen und im Saarland die ersten dieser Zentren den Betrieb aufgenommen.

Mit einer Einstufung insbesondere von Marokko, Tunesien, Algerien und Georgien als sichere Herkunftsstaaten soll die illegale Zuwanderung weiter eingedämmt werden. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren haben gezeigt, dass Staatsangehörige aus diesen Ländern nur in absoluten Ausnahmefällen einen Schutzbedarf nachweisen konnten.

Nachgesteuert wurde auch beim Anspruch auf Familiennachzug für nur vorübergehend anerkannte Asylbewerber, die sogenannten subsidiär Schutzberechtigten. Dieser Anspruch wurde, nachdem er 2016 vorübergehend ausgesetzt worden war, endgültig abgeschafft. Seit dem 1. August 2018



Die Zahl der Asylanträge sinkt. Dennoch bedarf es zusätzlicher Maßnahmen, die Migrationslage zu stabilisieren.

können höchstens eintausend enge Familienangehörige pro Monat aus humanitären Gründen nach Deutschland kommen. Somit wird einerseits den begrenzten Aufnahme- und Integrationskapazitäten der Kommunen Rechnung getragen. Andererseits wird der in der Verfassung verankerte Schutz von Ehe und Familie beachtet.

Zur besseren Steuerung der Erwerbsmigration aus Nicht-EU-Staaten erarbeitet die Regierungskoalition derzeit ein Fachkräftezuzwanderungsgesetz. Aus Sicht der Unionsfraktion muss sich der Zuzug nach Deutschland vor allem am Bedarf unserer Volkswirtschaft ausrichten. An einem Zuzug interessierte Ausländer müssen darüber hinaus ausreichend qualifiziert sein, einen konkreten Arbeitsplatz nachweisen und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

# Familien im Mittelpunkt

Unterstützung und Entlastung für Eltern und Kinder –  
Qualität in Kitas verbessern

**D**ie Förderung und Unterstützung von Familien liegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ganz besonders am Herzen. Im Koalitionsvertrag wurden daher eine Reihe von Maßnahmen vereinbart, die Familien in vielen Lebenslagen unterstützen und entlasten sollen. Doch finanzielle Hilfen alleine reichen oft nicht aus. Gerade eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und häuslichen Pflichten erleichtert vielen Familien in Deutschland den Alltag.

Einige Maßnahmen hat die CDU/CSU-Fraktion in den vergangenen Monaten schon auf den Weg gebracht. Ein wichtiger Baustein ist dabei das sogenannte Gute-Kita-Gesetz. Mit diesem Gesetz soll die Politik des quantitativen Kita-Ausbaus der vergangenen Wahlperioden um eine qualitative Komponente ergänzt werden. In den letzten zehn Jahren hat der Bund schon rund elf Milliarden Euro in Kitas und deren Betrieb investiert. Bis 2022 sollen nun weitere 5,5 Milliarden Euro hinzukommen, damit für die Kleinsten auch wirklich gut gesorgt wird.

Ziel des Gesetzes ist es, dauerhaft die Qualität der frühen Bildung, Erziehung und Betreuung in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bundesweit zu steigern. »Wer selbst kleine Kinder hat, weiß, dass Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen und Krippen eine Menge leisten«, sagt Nadine Schön, stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Doch bleibe momentan oft viel zu wenig Zeit für die individuelle Betreuung der Kinder. Dank der finanziellen Unterstützung von Seiten des Bundes solle nun aber der »Fachkraft-Kind-Schlüssel« verbessert werden. Das bedeutet, dass die Gruppen kleiner werden, dass eine Erzieherin oder ein Erzieher weniger Kinder zu betreuen haben.

## Rückkehr in die Vollzeit verbessert

Auch eine gesicherte berufliche Existenz der Eltern ist wichtig für die ganze Familie. Deshalb bekommen Arbeitnehmer nun ein Recht auf befristete Teilzeit – sogenannte Brückenteilzeit. Sie kommt in den allermeisten Fällen Frauen zugute. Laut der Neuregelung erhalten Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 45 Mitarbeitern die Chance, nach einer Teilzeitphase in Vollzeit zurückzukehren.

»Mehr Zeit für  
die individuelle  
Betreuung der  
Kinder«





Die Unionsfraktion setzt sich dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

© RiePatuca Images/Fotolia



## Bessere Absicherung im Alter

Gute Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit sind das eine, die Absicherung im Alter das andere. Daher hat die Koalition gezielt die Mütterrente weiter verbessert. Zum 1. Januar 2019 bekommen Mütter, die vor 1992 Kinder geboren und deshalb auf ihre Berufstätigkeit verzichtet haben, zusätzlich einen halben Rentenpunkt in der Rentenversicherung gutgeschrieben, was einem halben Erziehungsjahr entspricht. Damit wird die Erziehungsleistung der Mütter – im Einzelfall kann es auch Väter betreffen – künftig noch besser anerkannt. Davon profitieren knapp zehn Millionen Menschen in Deutschland.

# Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Baukindergeld eingeführt – Wohnungsbau wird gefördert

**A**ngesichts der Mietpreisexlosion in Ballungsräumen hat sich die Koalition zum Ziel gesetzt, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wichtige Projekte in diesem Bereich wurden bereits in den ersten Regierungsmonaten vorangebracht. Ziel ist es, in dieser Wahlperiode 1,5 Millionen neue Wohnungen oder Eigenheime zu bauen, egal ob frei finanziert oder öffentlich gefördert. Wichtige Projekte wurden gleich vorangebracht – zum Beispiel wurde das Baukindergeld eingeführt. Denn Familien sollen sich frühzeitig den Traum vom eigenen Heim erfüllen können.

Seit September können Familien, die ein Haus bauen oder eine Wohnung kaufen wollen, das Baukindergeld bei der

KfW beantragen. Der Zuschuss beträgt 1.200 Euro pro Kind und Jahr und wird maximal für zehn Jahren ausgezahlt. Bei einer Familie mit einem Kind darf das zu versteuernde Jahreseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigen. Bei jedem weiteren Kind erhöht sich die Einkommensgrenze um 15.000 Euro. Bis Ende Oktober wurden bei der KfW bereits 24.399 Anträge gestellt und mehr als 516 Millionen Euro zugesagt.

Weitere Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind in Arbeit. So soll sich der Bund über 2019 hinaus an Maßnahmen der Bundesländer zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus beteiligen können. Dafür sollen den Ländern in dieser Legislaturperiode ca. fünf Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Von den Ländern wird im Gegenzug erwartet, dass sie diese Summe zweckgemäß verwenden und mit eigenen Mitteln aufstocken.

Auch eine steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus wird angestrebt. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sollen über eine sogenannte Sonder-AfA leichter abgeschrieben werden können. Die Regelung soll bis Anfang 2022 befristet werden. Die Sonder-AfA würde auf Vorhaben begrenzt, die 3.000 Euro Anschaffungs- oder Herstellungskosten pro Quadratmeter Wohnraum nicht überschreiten.

Zehntausende junge Familien haben seit September bereits bei der KfW einen Antrag auf Baukindergeld gestellt.





## Finanzielle Entlastungen auf den Weg gebracht

Ganz ohne finanzielle Hilfen geht es nicht. Um Familien mehr zu unterstützen, wurde die Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibetrag beschlossen. »Durch sparsame Haushaltsführung und die gute wirtschaftliche Lage sprudeln derzeit die Steuereinnahmen. Einen Teil dieser Einnahmen wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zurückgeben«, erklärt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion, Antje Tillmann. Das Kindergeld wird ab Juli nächsten Jahres um 10 Euro auf 204 Euro angehoben werden. Auch wird der Kinderfreibetrag in den nächsten beiden Jahren um jeweils 192 Euro erhöht werden.

Gleichzeitig wird auch der Grundfreibetrag angehoben und der Einkommensteuertarif angepasst, um die sogenannte kalte Progression auszugleichen. Insgesamt bedeutet dies Entlastungen von ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr. Finanzielle Unterstützung für das eigene Haus oder die eigene Wohnung erhalten Familien außerdem über das Baukindergeld, das sie seit September bei der KfW beantragen können (s. Infobox links).

Ein weiteres Maßnahmenpaket soll demnächst in Angriff genommen werden. Um einkommensschwache Familien zu entlasten, ist eine Erhöhung des Kinderzuschlags in Planung. Davon werden insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Familien profitieren. Der Kinderzuschlag wird zusätzlich zum Kindergeld gezahlt, so dass diese Familien nicht auf Hartz IV angewiesen sind.

Für Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen die Leistungen für Bildung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verbessert werden. Es ist geplant, das Schulstarterpaket für den individuellen Bedarf der Erstklässler – wie Bücher und Stifte – aufzustocken. Die Eigenanteile an den Kosten für die Mittagverpflegung in Kitas und Schulen sowie die Schulbeförderung sollen ganz entfallen. Und Nachhilfe soll künftig nicht nur dann finanziert werden, wenn die Versetzung unmittelbar gefährdet ist. So wird allen Kindern ein guter Start ins Schulleben ermöglicht, so können sie ihre Fähigkeiten unabhängig von der Förderung im Elternhaus entwickeln.



Als Land ohne große Rohstoffvorkommen muss Deutschland in seine Köpfe investieren.

# Gute Bildung und starke Forschung für Deutschland

Etat des Ministeriums seit 2005 mehr als verdoppelt

**B**ildung und Forschung sind der Schlüssel für ein lebenswertes Deutschland und für individuelle Entwicklung. Deswegen arbeitet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit hoher Priorität daran, die Bedingungen dafür zu verbessern und die Investitionen in die Zukunft auszubauen. Gegenüber 2005 wurde der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf über 18 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Kluge Köpfe in der globalen Wissensgesellschaft sind die Treiber neuer Ideen und Innovationen. Und die Innovationskraft der Wirtschaft ermöglicht den sozialen Ausgleich als Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Im Mittelpunkt der Bildungspolitik der CDU/CSU-Fraktion steht das Wohl des Einzelnen. Von der Qualität der Bildung hängen die Zukunftsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ab. »Wir wollen die Taktfrequenz der Innovationen erhöhen und unsere exzellenten Forschungskapazitäten besser nutzen«, sagt Albert Rupprecht (CSU), Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. »Nur wenn der Transfer schnell und verbindlich funktioniert, kann unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb bestehen. Das ist die Grundlage für gute Arbeitsplätze in Deutschland.«

»Bildung ist der Schlüssel für ein erfülltes Leben.«

Digitale Kenntnisse werden immer mehr zu einer unverzichtbaren Schlüsselkompetenz. Für den Digitalpakt Schule stehen in den nächsten Jahren fünf Milliarden Euro bereit. »Bildung ist der Schlüssel für ein erfülltes Leben«, sagt der zuständige Berichterstatter Stefan Kaufmann (CDU). »Dank der Digitalisierung kann heute besser gelehrt und gelernt werden. Es gibt mehr Möglichkeiten für guten und modernen Unterricht.« Das wolle die Fraktion in den Schulen vorantreiben und auch die berufliche Bildung stärken. Die Fraktion macht die berufliche Bildung in einer sich verändernden Arbeitswelt zukunftsfest und startet hierzu einen bundesweiten Innovationswettbewerb, der es erlaubt, neue Strukturen in der beruflichen Bildung zu entwickeln und Impulse für die Regionen zu geben.

Den Aufstieg in der beruflichen Bildung etwa zum Meister unterstützt die Fraktion mit dem Aufstiegs-BAföG. Sie greift damit Fachkräften, Handwerkern, Betrieben und Gründern finanziell unter die Arme. Dieses berufliche Karriereprogramm wird die Arbeitsgruppe weiter ausbauen und dafür die in dieser Legislaturperiode vorgesehenen 350 Millionen Euro nutzen.

Insgesamt rund 20 Milliarden Euro stellt der Bund für den »Hochschulpakt 2020« bereit. Bislang konnten so mehr als eine Million zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Die langfristig angelegte »Exzellenzstrategie« ist gestartet, und die Regionen in Deutschland profitieren bereits von den jüngst ausgewählten Clustern, die exzellente Forschung im Netzwerk auf internationalem



Beim Fraktionskongress »Künstliche Intelligenz – Perspektiven für Gesellschaft und Staat« diskutierten Fraktionsvize Nadine Schön, der Wissenschaftliche Direktor am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, Philipp Slusallek, die CEO der Firma Nyris, Anna Lukasson-Herzig, und der digitalpolitische Sprecher der Fraktion, Tankred Schipanski (v.l.n.r.).

Niveau vorantreiben. Mit dem Programm zur Förderung von 1.000 zusätzlichen Tenure-Track-Professuren verbessern sich die Karrierewege des wissenschaftlichen Nachwuchses. Und mit der Initiative »Innovative Hochschule« werden Fachhochschulen sowie kleine und mittlere Universitäten dabei unterstützt, den Ideen-, Wissens- und Technologietransfer auszubauen.

#### **BAföG wird erneut reformiert**

Damit kein junger Mensch aus finanziellen Gründen auf eine Ausbildung verzichten muss, wird das BAföG erneut reformiert. Leistungsträger werden besonders unterstützt – etwa über das erfolgreich etablierte Deutschlandstipendium oder die mittlerweile 13 Begabtenförderungswerke.

# Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung

Zahl der Erwerbstätigen auf Rekordwert

**D**er deutsche Arbeitsmarkt befindet sich in hervorragender Verfassung. So ist die Arbeitslosenquote im Oktober 2018 erneut gesunken – erstmals seit der Wiedervereinigung unter fünf Prozent. »Auch dank einer klugen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist Deutschland auf dem besten Weg zur Vollbeschäftigung«, sagt dazu der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß.

Mit mehr als 45 Millionen Menschen ist im Herbst 2018 die Zahl der Erwerbstätigen auf einen neuen Rekordwert gestiegen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gab es

die größten Zuwächse in der Metall- und Elektroindustrie und bei qualifizierten Unternehmensdienstleistungen. Die Zahlen zeigten, »dass man Marken erreichen kann, von denen wir vor drei Jahren noch geträumt haben«, sagt der Vorstandsvorsitzende der Arbeitsagentur, Detlef Scheele.

Seit dem traurigen Höchststand im Jahr 2005 mit fast fünf Millionen Arbeitslosen und einer Quote von 11,7 Prozent ging die Arbeitslosigkeit nahezu kontinuierlich zurück auf zuletzt 4,9 Prozent. Besonders erfreulich: Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt ab, wobei in diesem Bereich aber noch immer viel zu tun bleibt. Die Zahl der Menschen, die min-

Bei allen großen Rankings zur Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit nimmt Deutschland einen der vorderen Plätze ein. Damit das so bleibt, sind auch in Zukunft kräftige Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. Die Fraktion setzt sich dafür ein, dass bis zum Jahr 2025 ganze 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.

### Bahnbrechende Innovationen frühzeitig entdecken

Im September 2018 startete die neue Hightech-Strategie. Sie ermöglicht den Aufbruch in eine offene Innovations- und Wagniskultur, die Raum für kreative Ideen bietet. Die Agentur für Sprunginnovationen, ein in Deutschland völlig neues Förderinstrument, soll besonders bahnbrechende Innovationen frühzeitig entdecken und anschieben.

Die Dekade gegen den Krebs soll zeigen, wie dank des gestärkten Transfers von der Wissenschaft in die Praxis die Ergebnisse der Forschung schneller für den Menschen nutzbar gemacht werden können. Im September 2018 wurde auch der Startschuss für zwei neue Zentren der Gesundheitsforschung gegeben: ein Zentrum für Kinder- und Jugendgesundheit sowie ein Zentrum für psychische Gesundheit.

»Transfer von der Wissenschaft in die Praxis beschleunigen«

### Führende Rolle bei der Künstlichen Intelligenz angestrebt

Mit der Strategie für Künstliche Intelligenz (KI) sorgt die Fraktion dafür, dass Deutschland bei der Erforschung, Entwicklung und Anwendung dieser Technologie eine weltweit führende Rolle spielt. Der »Pakt für Forschung und Innovation« gibt den außeruniversitären Forschungsorganisationen Deutschlands verlässliche Rahmenbedingungen. Bis zum Sommer 2020 soll die Fortsetzung des Paktes stehen. Die Fraktion will hierbei vor allem die Nutzung des generierten Wissens für Wirtschaft und Gesellschaft stärken.

## Arbeitslosenquote in Deutschland

Jahresdurchschnitt in Prozent seit 2005



\* vorläufiger Wert; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

destens ein Jahr lang arbeitslos waren, hat sich im Herbst 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 91.000 oder zehn Prozent auf 789.000 verringert. Auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lag zuletzt mit 35,0 Prozent unter dem Wert des Vorjahres (35,9 Prozent).

»Nun gilt es, diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen und weiter eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik zu betreiben«, erklärt Peter Weiß. »Unter dieser Voraussetzung wird es gelingen, die Zahl der Langzeitarbeitslosen noch weiter zu senken.« Einen Beitrag dazu werde auch das Gesetz zur Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt leisten, das die Koalition im November im Bundestag beschlossen hat.

# »Wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern«

Ralph Brinkhaus über Projekte, Werte und den Politikstil der Fraktion



**Herr Brinkhaus, Sie sind seit September im Amt des Fraktionsvorsitzenden. Welche Schwerpunkte wollen Sie in den kommenden drei Jahren setzen?**

Brinkhaus: Wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Ich beobachte mit Sorge, dass da in den vergangenen Jahren einiges kaputt gegangen ist. Deshalb sage ich: Wir müssen auf die Anliegen der Menschen eingehen. Pflege, Rente, Wohnen sind wichtige Bereiche, in denen die Koalition schon konkrete Verbesserungen auf den Weg gebracht hat. Wir müssen aber auch unseren Politikstil ändern, um wieder mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Natürlich ist einem Ökonomen wie mir das Thema Wirtschaft und Arbeit sehr wichtig. Nur wenn deutsche Unternehmen international wettbewerbsfähig sind, werden wir weiterhin einen so hohen Beschäftigungsstand und eine so geringe Arbeitslosenzahl haben.

Wichtig ist mir aber auch die innere und äußere Sicherheit. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit. Deshalb habe ich im neuen Amt als erstes die Bundeswehr und nicht sehr viel später die Bundespolizei besucht.

Letztlich will ich aber nicht selbst die Schwerpunkte setzen oder die Projekte bestimmen. Das machen die Abgeordneten, die Arbeitsgruppen, die Gremien.

**Was ändert sich an der Arbeitsweise der Fraktion?**

Brinkhaus: Wie gesagt: Als Vorsitzender der Fraktion sehe ich mich nicht in der Funktion, inhaltliche Vorgaben zu ma-

chen. Wir haben 246 sehr kompetente und selbstbewusste Abgeordnete. Die Fraktionsführung muss dieses Potenzial stärker nutzen, den Willensbildungsprozess koordinieren und sich mit Partei und Regierung abstimmen. Die Fraktion ist der Star.

**Sie sagten, dass Ihnen der gesellschaftliche Zusammenhalt besonders wichtig ist. Auf welche Weise wollen Sie ihn fördern?**

Brinkhaus: Wir müssen die Gesellschaft von der Mitte her denken. Wir

müssen Familien fördern, wie wir es beispielsweise mit dem Baukindergeld tun. Wir müssen die objektive Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen verbessern. Deshalb haben wir den Pakt für den Rechtsstaat geschmiedet. Wir müssen Arbeitsplätze zukunftsfest machen. Darum fördern wir neue Technologien und werden neue Wege in der Bildung gehen. Insgesamt wollen wir die Lebensqualität steigern.

Ich werde die Fraktion darum bitten, dass wir eine Diskussion über die Werte in unserer Gesellschaft anstoßen. Wir sollten über die Würde des Menschen reden, über Freiheit, über eine Renaissance der Eigenverantwortung. Auch unser Verständnis von Solidarität in einer immer stärker zusammenwachsenden Welt sollten wir hinterfragen. Politik darf sich nicht nur vom Tagesgeschäft leiten lassen. Wir müssen uns mehr um Grundsatzfragen kümmern.

**Welchen Stellenwert hat Europa für Sie?**

Brinkhaus: Ich habe schon in meiner Antrittsrede im Bundestag deutlich ge-

**»Die Fraktion ist der Star.«**



Fraktionschef Ralph Brinkhaus (2.v.l.) ergreift das Wort in einer Fraktionssitzung. Links von ihm Bundeskanzlerin Angela Merkel, rechts von ihm der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer und der Parlamentarische Geschäftsführer Manfred Grund



Links:  
Das Bundestagsplenum  
während der General-  
aussprache zum Haushalt

Rechts:  
Mitglieder des Vorstands  
während einer Fraktions-  
sitzung

macht, wie viel mir der europäische Zusammenhalt bedeutet. Die Europäische Union ist nicht nur ein großes Friedensprojekt und ein erfolgreiches Wirtschaftsprojekt, sondern auch eine Lösungsplattform für alle Probleme, die wir alleine nicht hinbekommen – etwa bei der Forschung, bei Klima und Umwelt.

Wir müssen aber mehr mitmischen in Europa. Brüssel und Berlin dürfen sich nicht als Paralleluniversen verstehen. Denn wir sind eine politische Welt. Unser Leben wird immer stärker von europäischen Regelungen bestimmt. Der Bundestag sollte sich daher noch intensiver mit der EU-Gesetzgebung beschäftigen. Wir haben schon weitgehende Informationsrechte. Der Bundestag kann aber der Bundesregierung auch mehr Verhandlungsmandate mit auf den Weg geben. Er kann mit der

Subsidiaritätsrüge sogar versuchen, EU-Gesetzgebungsprojekte zu Fall zu bringen. Von all diesen Rechten macht der Bundestag noch viel zu wenig Gebrauch.

Die Europawahl im nächsten Jahr ist eine gute Gelegenheit, sich wieder stärker mit europäischen Projekten zu beschäftigen. Ich freue mich, dass die EVP, die Europäische Volkspartei, mit Manfred Weber einen Christsozialen als Spitzenkandidaten ins Rennen schickt. Wenn die EVP die Wahl gewinnt, hat Manfred Weber reelle Chancen, neuer Kommissionspräsident zu werden.

**Die CDU ist nach dem angekündigten Rückzug Angela Merkels vom Parteivorsitz im Umbruch. Wel-**

»Wir müssen  
mehr mitmischen  
in Europa.«



© Tobias Koch

© Michael Wittig

**chen Kurs empfehlen Sie der oder dem neuen Vorsitzenden, damit die CDU Volkspartei bleiben kann?**

Brinkhaus: An der Spitze einer Volkspartei muss ein Brückenbauer stehen – einer, der die unterschiedlichen Gruppen in der CDU zusammenführt und ausgleicht. Die Union heißt Union, weil sie christlich-soziale, liberale und konservative Wurzeln hat. Dieses breite politische Spektrum macht unsere Identität seit 1949 aus. Das müssen wir bewahren.

**Welche Erwartungen haben Sie an den Koalitionspartner?**

Brinkhaus: Meine Erwartungen sind, dass Union und SPD bis zum Ende der Wahlperiode konstruktiv zusammenarbeiten. Es hat keinen Sinn, diese Koalition ständig in Frage zu stellen, auch für die SPD nicht.

Wir alle haben doch einen Wählerauftrag bis 2021. Und der Koalitionsvertrag ist längst nicht abgearbeitet. Zum Beispiel müssen wir den Abbau des Solidaritätszuschlags noch angehen, aber auch Projekte, die den Sozialdemokraten wichtig sind, etwa Änderungen im Arbeitsrecht. Wir sollten jedenfalls deutlicher herausstellen, was wir zusammen erreicht haben. Immer nur beklagen, was mit dem jeweils anderen Partner nicht möglich ist, bringt uns nicht weiter.

»Wir haben einen Wählerauftrag bis 2021.«

# Zwischen EU und transatlantischer Partnerschaft

Die Koordinaten deutscher Außenpolitik – Zwei Jahre Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat stehen bevor

Die Koordinaten deutscher Außenpolitik stehen seit Konrad Adenauers Zeiten fest. Da ist zum einen die Einbindung Deutschlands in die Europäische Union. Da ist zum anderen die transatlantische Partnerschaft. Aber auch der Erhalt einer regelbasierten internationalen Ordnung gehört zu den Eckpfeilern. Die 2019 bevorstehende, zweijährige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird Deutschland dazu nutzen, sein Gewicht in den Dienst der internationalen Diplomatie zu stellen.

Ralph Brinkhaus hielt in seiner ersten Rede als neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion vor dem Bundestag Mitte Oktober ein flammendes Plädoyer für das geeinte Europa. Man könne nicht oft genug betonen, dass die Europäische Union ein großes Friedensprojekt und ein erfolgreiches Wirtschaftsprojekt sei, sagte Brinkhaus. Darüber hinaus diene sie als Lösungsplattform für »alle Probleme, die wir alleine nicht hinbekommen« – von der Forschung über das Klima bis zur Umwelt. Die Kritik, die EU agiere zu schwerfällig, entkräftete er mit den Worten, man solle »lieber etwas langsam zusammen machen, als dass man etwas gegeneinander macht«. Auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katja Leikert (CDU) betonte, kluge Kooperation sei besser, »als wenn jeder vor sich hin werkelt«.

»Die Europäische Union – ein großes Friedensprojekt«

Allerdings steht die EU im Jahre 2018 vor großen Herausforderungen. So wird weiter mühsam über ein europäisches Asylsystem verhandelt. Zudem kommt der Ausbau des EU-Grenzschatzes nicht so schnell voran wie gewünscht, auch wenn die Mitgliedstaaten eine Aufstockung der Grenzschutzagentur Frontex auf 10.000 Beamte bis 2020 grundsätzlichen befürworten. Die Ausweitung der Kompetenzen für Frontex stößt indes bei einigen auf Widerstand, weil sie eine Einschränkung ihrer Souveränität befürchten. Auch die Wirtschafts- und Währungsunion bleibt eine Baustelle. Hier geht es darum, die Euro-Zone dauerhaft zu stabilisieren.

## Der Brexit – eine schmerzhaft Zäsur

Eine schmerzhaft Zäsur wird der Brexit darstellen – der Austritt Großbritanniens aus der EU im März 2019. Der europapolitische Sprecher der Unionsfraktion, Florian Hahn (CSU), betont: »Großbritannien verlässt zwar die EU, aber nicht Europa.« Deshalb müsse das Vereinigte Königreich auch in Zukunft ein enger Wirtschafts- und Bündnispartner bleiben. Für erstrebenswert hält er ein vertieftes Freihandelsabkommen und eine enge Kooperation in Fragen der Sicherheitspolitik. Fraktionsvize Katja Leikert – auch Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe zum Brexit – unterstreicht, dass freundschaftliche Beziehungen zwischen der





Die EU steht auch 2018 vor großen Herausforderungen, etwa in Fragen des Grenzschutzes oder der Wirtschafts- und Währungsunion.



EU und Großbritannien der einzige Weg sind, eine harte Grenze zwischen der Republik Irland und der Provinz Nordirland zu vermeiden. Auch hieran zeige sich, dass die EU im Kern ein Friedensprojekt sei, sagt sie.

Nur im europäischen Verbund kann Deutschland international auf Augenhöhe mitspielen. Globale Herausforderungen gibt es in der Tat genug – von der Auseinandersetzung mit dem machtbewusst agierenden Russland über den Bürgerkrieg in Syrien bis zum Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Aber auch der transatlantische Schulterchluss ist aus Sicht der Unionsfraktion Grundvoraussetzung für tragfähige Lösungen in all diesen Bereichen – unabhängig davon, wer im Weißen Haus regiert. Auch und gerade angesichts der Handelsstreitigkeiten mit Washington setzt sich die Fraktion dafür ein, die beiden Wirtschaftsräume diesseits und jenseits des Atlantiks wieder enger aneinanderzubinden. »Unilateralismus und Protektionismus sind der falsche Weg«, betont der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Jürgen Hardt (CDU).

»Die NATO ist kein Relikt der Vergangenheit.«

Ein bedeutender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft ist die NATO. »Die NATO ist nicht irgendein Relikt der Vergangenheit. Sie ist nach wie vor dringend notwendig, um unsere politische Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten«, sagt Fraktionsvize Johann David Wadephul (CDU). Jeder Euro für die NATO sei deshalb gut ausgegeben. Die NATO-Partner hatten sich auf ihrem Gipfel in Wales 2014 darauf geeinigt, ihre Verteidigungsausgaben innerhalb von zehn Jahren schrittweise zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzunähern.

### Bundeswehretat angehoben

Die unionsgeführte Koalition hat den Etat für die Bundeswehr in den vergangenen Jahren deutlich angehoben und die Investitionen in Personal und Ausrüstung verstärkt. Dennoch wird sie 2019 voraussichtlich erst 1,3 Prozent erreichen. Bei Spielräumen im Haushalt sieht der Koalitionsvertrag vor, weitere Mittel zu gleichen Teilen in die Etats für Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit zu stecken. Wadephul spricht sich dafür aus, den Verteidigungshaushalt bis 2021 auf 1,5 Prozent anzuheben. Nur so könnten 2024 die zwei Prozent erreicht werden.



Soldaten der Teilstreitkräfte  
Heer, Luftwaffe und Marine

# Zwischenbilanz

## Die ersten Projekte der Koalition auf einen Blick



**Mehr bezahlbarer Wohnraum:** Eltern können seit September bei der KfW Baukindergeld beantragen – pro Kind und Jahr 1.200 Euro für zehn Jahre. Bei Familien mit einem Kind darf das zu versteuernde Jahreseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigen. Für jedes weitere Kind steigt die Grenze um je 15.000 Euro.

Die Mietpreisbremse wird angezogen: Künftig muss der Vermieter einem Mietinteressenten die Höhe der Vormiete nennen, wenn er eine Ausnahme von der Mietpreisbremse geltend machen will. Außerdem können künftig nur noch acht statt elf Prozent der Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden. Zugleich sollen die Steueranreize für den Mietwohnungsbau erhöht werden.

**Starker Staat und Innere Sicherheit:** Die Sicherheitskräfte des Bundes bekommen mehr Personal – Bundespolizei und Bundeskriminalamt zusammen 3.600 Stellen, der Zoll 1.400. Hinzu kommen 1.650 Stellen und fast 4.500 Entfristungen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Mit der »Eine-für-alle-Klage« können Verbraucher ihre Rechte besser durchsetzen. Verbände können seit November 2018 im Namen von Verbrauchern einen Schaden gerichtlich feststellen lassen oder einen Vergleich abschließen.

**Verbesserungen bei Pflege und Gesundheitsversorgung:** In der stationären Altenpflege werden 13.000 neue Stellen geschaffen. Jede neue Pflegestelle am Krankenhausbett wird von den Krankenkassen voll refinanziert.

Ab dem Jahr 2020 werden die bisher getrennten Ausbildungsgänge für Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege zu einer Pflegeausbildung zusammengeführt.

**Soziale Sicherheit und Zusammenhalt:** Bis 2025 soll das Rentenniveau nicht gesenkt werden, der Beitragssatz nicht steigen. Die Mütterrente wird um einen halben Rentenpunkt für Frauen erhöht, die vor 1992 Kinder geboren haben. Verbesserungen gibt es auch für Menschen, die krankheitsbedingt vorzeitig in Rente gehen müssen. Geringverdiener werden bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet.

Arbeitnehmer haben künftig einen Anspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit – die sogenannte Brückenteilzeit: Dies gilt für Unternehmen ab 46 Mitarbeiter.

**Entlastungen für Bürger und Wirtschaft:** Zum 1. Januar 2019 wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Gleichzeitig steigt der Beitragssatz zur Pflegeversicherung im gleichen Umfang, denn Verbesserungen in der Pflege kosten.

In der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Beiträge ab dem 1. Januar 2019 wieder zu gleichen Anteilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Neben Arbeitnehmern und Rentnern werden auch Kleinselbstständige bei den Kassenbeiträgen entlastet.

**Familien und Kinder:** In die Verbesserung der Qualität von Kitas und in die Beitragsfreiheit will der Bund bis 2022

rund 5,5 Milliarden Euro investieren. Für Familien, die Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, sollen die Elternbeiträge entfallen.

Das Kindergeld wird ab 1. Juli 2019 um zehn Euro erhöht, der Kinderfreibetrag ab 1. Januar 2019 um 192 Euro. Der steuerliche Grundfreibetrag wird angehoben, die kalte Progression abgebaut. Dies entlastet Steuerzahler bis 2022 um mindestens 35 Milliarden Euro.

**Solide Finanzen:** Die Koalition verzichtet weiterhin auf Neuverschuldung und ermöglicht künftigen Generationen so Handlungsspielräume. Gleichzeitig erhöht sie die Investitionen auf 39,8 Milliarden Euro.

**Moderne Infrastruktur:** Zur Steigerung der Effizienz übernimmt der Bund ab 2021 die Zuständigkeit für das knapp 13.000 Kilometer lange Autobahnnetz.

Die Koalition hat einen Fonds »Digitale Infrastruktur« eingerichtet. Das Geld fließt zu 70 Prozent in den Gigabit-Netzausbau. 30 Prozent sollen in die digitale Infrastruktur von Schulen fließen. Dafür bedarf es einer Grundgesetzänderung.

Die Planung von Verkehrsinfrastrukturprojekten wird erleichtert, damit die zur Verfügung stehenden Rekordmittel schneller investiert werden können.

**Zuwanderung steuern und begrenzen:** Der Anspruch auf Familiennachzug für vorübergehend anerkannte Asylbewerber ist abgeschafft. Aus humanitären Gründen können maximal 1.000 Familienangehörige pro Monat nachziehen.

# Das »C« ist für uns Programm

## Werte und Selbstverständnis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**D**ie CDU/CSU-Bundestagsfraktion trägt in ihrem Namen das »C«, das für »christlich« steht. Damit bringt sie zum Ausdruck, dass ihre Politik auf dem christlichen Menschenbild beruht – dem Bild eines Menschen, der zur Freiheit berufen ist, der aber in Solidarität zu seinen Mitmenschen steht. In einer sich

immer schneller wandelnden Welt, in der die Bürger nach Orientierung und Halt suchen, ist der christliche Kompass von hohem Wert.

Eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes dient den Menschen und gibt ihnen Raum zur freien Entfaltung. Die Unionsfraktion stützt sich dabei auf



Der in Radolfzell am Bodensee lebende Künstler Markus Daum schuf das Kreuz im Sitzungssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

die Bibel. Im Brief des Apostels Paulus an die Galater heißt es: »Ihr aber, liebe Brüder, seid zur Freiheit berufen!« Gleichzeitig betont Paulus: »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.« Freiheit in Verantwortung und der Auftrag zur Nächstenliebe gehören also zusammen.

In der Praxis muss die CDU/CSU-Fraktion diesen Grundgedanken immer wieder auf die politische Ebene herunterbrechen. In den Gründerjahren der Bundesrepublik wurde daraus die Soziale Marktwirtschaft geboren. Damit Deutschland im internationalen Wettbewerb erfolgreich bleibt, muss dieses Wirtschaftsmodell stets an die aktuellen Anforderungen – etwa der Digitalisierung oder der Globalisierung – angepasst werden, in seinem Kern bleibt es aber gleich. Die Entfaltung der Marktkräfte wird mit einem sozialen Ausgleich verbunden, zum Wohl jedes Einzelnen, aber auch der Gesellschaft insgesamt.

Seine Freiheit leben kann der Mensch nur, wenn er dazu befähigt wird. Deshalb ist das Thema Bildung der CDU/CSU-Fraktion überaus wichtig. Über Bildung und Ausbildung erhält jeder Mensch die Chance, sich gemäß seinen Fähigkeiten zu entwickeln. Wer diese Chance nutzt, kann sich auch auf dem Arbeitsmarkt bewähren. Als Land mit nur wenigen Rohstoffen muss die Bundesrepublik ohnehin auf ihre klugen Köpfe setzen. Nur mit Forschung und Innovationen kann sie sich im weltweiten Wettbewerb behaupten. Zukunftsweisende Märkte, auf die die Fraktion setzt, sind derzeit die E-Mobilität und die Künstliche Intelligenz.

Im Zentrum der Gesellschaft steht für die CDU/CSU-Fraktion die Familie. Familien mit und ohne Kinder sollen sich so entfalten können, wie sie es wünschen. Ein bestimmtes Lebensmodell schreibt die Unionsfraktion keiner Familie vor. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie lautet das Ziel, dem sich die Unionsfraktion verschrieben hat.

## Die Schöpfung bewahren

Zu den christlichen Werten gehört die Bewahrung der Schöpfung. Die Politik der CDU/CSU-Fraktion ist vom Begriff der Nachhaltigkeit geprägt. Nachhaltige Finanzpolitik heißt, den kommenden Generationen keine neuen Schulden zu hinterlassen, sondern ihnen Gestaltungsspielraum zu ermöglichen. Dies schlägt sich nieder in der Politik der ausgeglichenen Haushalte seit 2014. Nachhaltige Umweltpolitik heißt vernünftiger Ausbau der erneuerbaren Energien und Kampf gegen den Klimawandel.

Nicht zuletzt setzt sich die Union für den Schutz des Lebens von seinem Anfang bis zu seinem Ende ein. Auch wenn ethische Fragen im Bundestag in der Regel nicht entlang der Fraktionsgrenzen entschieden werden, so ist die Unionsfraktion mit ihren Abgeordneten doch meist treibende Kraft für lebensbejahende Regelungen – für den Schutz des ungeborenen Lebens und für ein Sterben in Würde.

Intensiv setzt sich die Unionsfraktion für Religionsfreiheit und den Schutz verfolgter Christen weltweit ein. Das Engagement zeigt sich etwa darin, dass sich eine Reihe von Unionsabgeordneten 2010 zum Stephanuskreis zusammengeschlossen haben, der sich diesem Thema besonders widmet.

## Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU

### Eine parlamentarische Besonderheit



Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer unterzeichneten zu Beginn der Wahlperiode die Vereinbarung über die Fraktionsgemeinschaft.

Die Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU ist eine Besonderheit im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland: Im Bundestag bilden die Abgeordneten zweier voneinander unabhängiger Parteien eine gemeinsame Fraktion. Der Zusammenschluss ist nur deshalb möglich, weil die beiden Parteien in keinem Bundesland in Konkurrenz zueinander stehen. Während sich die CSU nur in Bayern zur Wahl stellt, tritt die CDU in allen Bundesländern außer Bayern an. Zu Beginn einer jeden Legislaturperiode wird die Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU erneuert und in einer schriftlichen Vereinbarung dokumentiert.

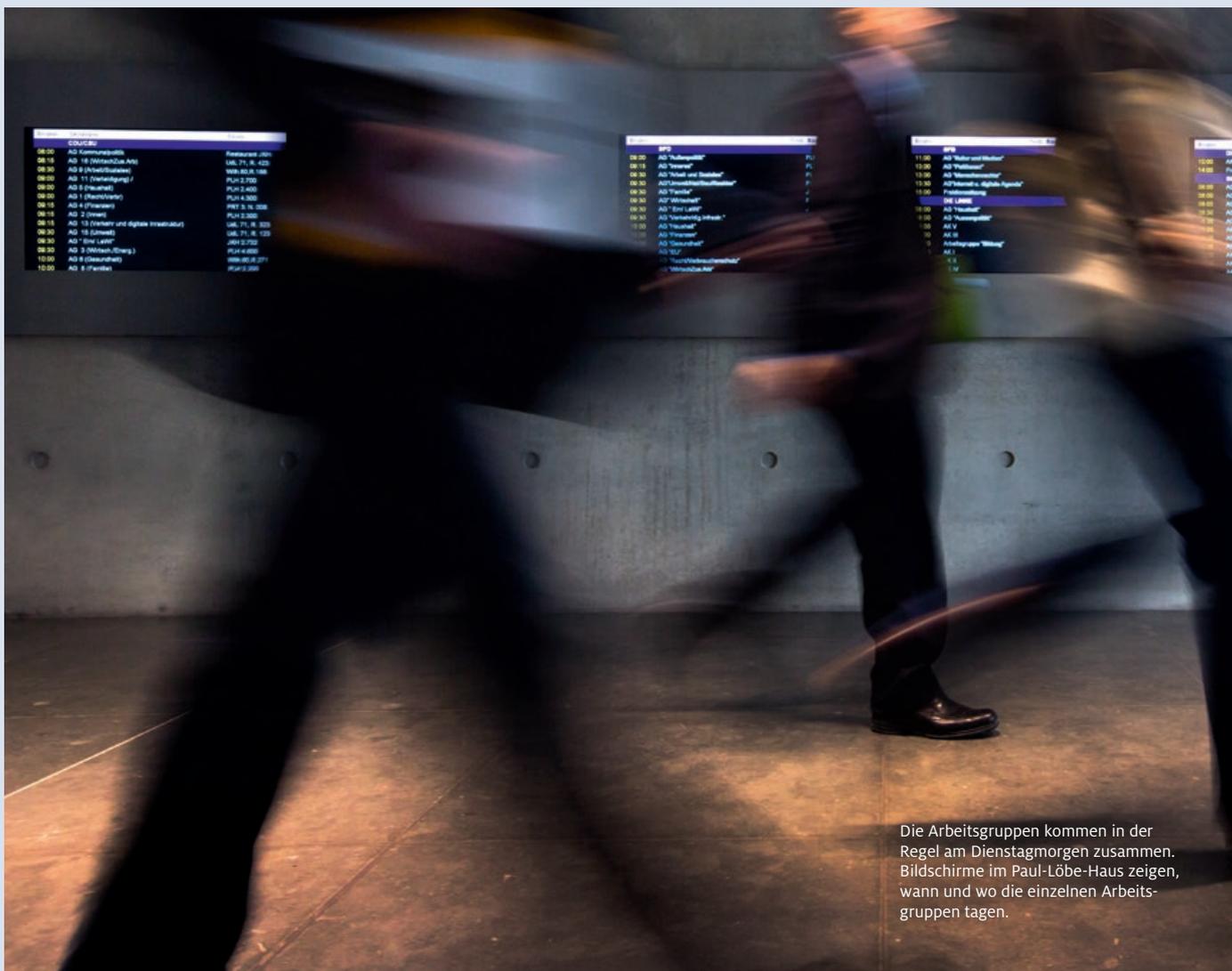
Ihren Ursprung hat die Fraktionsgemeinschaft in den Gründerjahren der Republik nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals entstand die Christlich Demokratische Union aus einem Zusammenschluss von konservativen, christlichen und liberalen Landesgruppen, die gemeinsame Werte und Ziele teilten. Bis auf die bayerische CSU, die auf ihrer Unabhängigkeit bestand, schlossen sich alle Landesgruppen zur CDU zusammen.

Die CSU-Landesgruppe genoss von Anfang an einen Sonderstatus innerhalb der gemeinsamen Fraktion. Sie hat ihren eigenen Etat, ihren eigenen Mitarbeiterstab und ihre eigene Geschäftsordnung. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe – in dieser Wahlperiode Alexander Dobrindt – ist immer auch Erster Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden. In den Gremien und Delegationen der Fraktion wird die CSU-Landesgruppe stets gemäß ihrer Stärke berücksichtigt.

# Die Arbeitsgruppen

## Vorarbeiter im Fraktionsbetrieb

Die Meinungsbildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion findet in der sogenannten Fraktionsvollversammlung statt, zu der die Abgeordneten in jeder Sitzungswoche einmal zusammenkommen, in der Regel dienstags. Die eigentliche fachliche Arbeit wird allerdings von den Arbeitsgruppen erledigt, dort wird die Vorarbeit für anstehende Entscheidungen geleistet. Die Arbeitsgruppen – in dieser Wahlperiode 23 an der Zahl – spiegeln thematisch die Ausschüsse des Bundestages beziehungsweise die Ministerien wider. Sie beraten und verändern die Gesetzentwürfe der Bundesregierung oder erstellen eigene Gesetzesvorlagen. Sie erarbeiten auch Anträge, bereiten die Sitzungen der Ausschüsse vor und entwerfen Strategien im Umgang mit Themen. Die Arbeitsgruppenvorsitzenden sind die politisch verantwortlichen Sprecher für ihr Gebiet. Auf den folgenden Seiten stellen sich die einzelnen Arbeitsgruppen mit ihren jeweiligen Themenschwerpunkten in dieser Wahlperiode vor.



Die Arbeitsgruppen kommen in der Regel am Dienstagmorgen zusammen. Bildschirme im Paul-Löbe-Haus zeigen, wann und wo die einzelnen Arbeitsgruppen tagen.

# Für einen handlungsfähigen Rechtsstaat

## AG Recht und Verbraucherschutz

Ziel der Rechtspolitik ist es, die Handlungsfähigkeit und Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaats zu gewährleisten. Das heißt einerseits eine konsequente Durchsetzung der Rechtsordnung und die Verfolgung von Straftaten. Andererseits bedeutet es, dass Bürgerinnen und Bürger in raschen und effizienten Gerichtsverfahren ihr Recht bekommen.

Die Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Fraktion befasst sich mit der Weiterentwicklung grundlegender Gebiete der Rechtsordnung vom Strafrecht über das Zivilrecht bis zum Verbraucherschutz. Im Zentrum ihrer Politik steht der Pakt für den Rechtsstaat. Für den Bereich des Strafrechts liegt ein Schwerpunkt in der Verbesserung des Opferschutzes. Im Zivilrecht steht sie vor der Herausforderung, Wertentscheidungen aus dem »analogen Zeitalter« auch unter digitalen Vorzeichen zu behaupten. Im Verbraucherschutzrecht hat



© Michael Wittig

die CDU/CSU-Fraktion mit der Musterfeststellungsklage viel erreicht, um insbesondere die Rechte der Geschädigten im VW-Abgasskandal zu schützen.

# Keine Freiheit ohne Sicherheit

## AG Innen und Heimat

Für die Bürger ist und bleibt die Innere Sicherheit eines der zentralen Anliegen, denn ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben. Die AG Innen und Heimat der CDU/

CSU-Bundestagsfraktion kümmert sich in erster Linie um die Fragen der Inneren Sicherheit sowie der Migrations- und Integrationspolitik. Ihr Aufgabengebiet umfasst darüber

hinaus die Sicherheit in der Informationstechnik, den Bevölkerungsschutz, die Gewährleistung einer modernen Verwaltung und eines zeitgemäßen öffentlichen Dienstes, Fragen der Verfassung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland – ein breites Themenspektrum.

Im zurückliegenden Jahr standen für die AG Innen und Heimat erneut zwei Aufgabenbereiche deutlich im Vordergrund: der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und Terroranschlägen einerseits und die bessere Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland andererseits.



© Michael Wittig

# Für Soziale Marktwirtschaft und Freihandel

## AG Wirtschaft und Energie

Deutschland bleibt auch in diesem Jahr wirtschaftlich auf Erfolgskurs – trotz eines schwierigen globalen Umfeldes. Die AG Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Bundstagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Soziale Marktwirtschaft das ordnungspolitische Leitbild der Wirtschaftspolitik in Deutschland bleibt. Auf internationaler Ebene tritt sie für Freihandel ein, der auf Regeln beruht. Die AG will die Energiewende mit mehr Wettbewerb, Steigerung der Effizienz und beschleunigtem Netzausbau zum Erfolg führen.

Die Bundesregierung musste aufgrund der schwierigen weltwirtschaftlichen Lage in ihrer Herbstprognose die Wachstumsraten zwar im Vergleich zur Frühjahrsprojektion nach unten revidieren, trotzdem wird für 2018 und die Folgejahre mit 1,8 Prozent immer

noch ein deutliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland erwartet. Die Zahl der Erwerbstätigen erreicht auch in diesem Jahr neue Rekordwerte, während die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit Jahrzehnten unter die Fünf-Prozent-Marke sank.



© Michael Wittig

# Entlastungen für die Bürger

## AG Finanzen

Viele Maßnahmen, die die Politik ergreift, haben mit Geld zu tun. Die Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundstagsfraktion bewegt in dieser Wahlperiode wieder große Summen. So sorgt sie dafür, dass Familien bis

2022 um fast 35 Milliarden Euro entlastet werden – u.a. über die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages. Auch von der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die die Fraktion vorantreibt, profitieren die Bürger.

Weitere Entlastungen kommen auf die Bürger im Steuerbereich zu. So wird unter anderem die Entstehung der kalten Progression – wie bereits seit 2014 – verhindert, der Grundfreibetrag angehoben und der Solidaritätszuschlag für mindestens 90 Prozent der Soli-Zahler ab 2021 abgeschafft.

In Verhandlungen mit den europäischen Partnern setzt sich die Unionsfraktion für eine Stärkung der Finanzmarktstabilität ein. Bei der betrieblichen Altersversorgung und bei Lebensversicherungen werden Kunden besser geschützt. Damit wird unter anderem der großen Herausforderung durch die niedrigen Zinsen Rechnung getragen.



© Michael Wittig

# Solide Finanzen als Markenkern

## AG Haushalt

Solide Haushaltspolitik gehört zum Markenkern von CDU und CSU. Auf Betreiben der Unionsfraktion kommt der Bund seit 2014 ohne Neuverschuldung aus – und das soll so bleiben. Denn solide öffentliche Finanzen sind ein Zeichen der Generationengerechtigkeit. Außerdem eröffnen sie Handlungsspielräume, um auf unvorhergesehene Herausforderungen schnell reagieren zu können.

Die Arbeitsgruppe Haushalt hat die Federführung in den Beratungen des Bundeshaushalts. Sie sorgt jedoch nicht nur für Ausgabendisziplin, sondern auch dafür, dass Deutschland mit den richtigen Investitionen fit für die Zukunft gemacht wird. Zwischen 2018 und 2021 wird die Koalition rund 46 Milliarden Euro für gesellschaftlich wichtige Bereiche ausgeben. Darunter fallen Investitionen in Bildung und Forschung, in die Infrastruktur und den Wohnungsbereich. Von den Aus-



© Michael Wittig

gaben profitieren aber auch die Kommunen, die ländlichen Räume und die Landwirtschaft. Nicht zuletzt werden die Bürger, allen voran Familien mit Kindern, entlastet.

# Patienten flächendeckend gut versorgen

## AG Gesundheit



© Michael Wittig

Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Das Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der AG Gesundheit ist es, allen Bürgern auch in Zukunft eine gute und flächendeckende medizinische und

pflegerische Versorgung – unabhängig von Einkommen und Wohnort – zu garantieren. Das bewährte Krankenversicherungssystem wird dabei nicht in Frage gestellt: Versicherte sollen weiterhin zwischen der privaten und gesetzlichen Krankenversicherung wählen können.

Schon im ersten Jahr der Legislaturperiode hat die Koalition konkrete finanzielle Entlastungen für die Versicherten beschlossen. So werden ab Januar die Krankenkassenbeiträge wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Auch Selbstständige werden bei den Kassenbeiträgen entlastet. Außerdem wurde ein Sofortprogramm Pflege auf den Weg gebracht. Es sieht mehr Personal, eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege vor.

# Sichere Lebensmittel – Innovative Landwirtschaft – Starke ländliche Räume

## AG Ernährung und Landwirtschaft



© Büro Albert Stegemann/CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**L**and- und Forstwirtschaft, Fischerei und Gartenbau sind nach wie vor Herz und Motor des ländlichen Raums. Der viertgrößten Branche, der Ernährungswirtschaft, wird aber mit Misstrauen begegnet. Dabei sorgt sie für sichere und günstige Lebensmittel. Die in der Region verwurzelten Bauern beliefern Wochenmarkt wie Weltmarkt. In der Landwirt-

schaft ist Smart Farming bereits heute Realität. Den weiteren Ausbau fördert die Unionsfraktion, da die Digitalisierung Schlüssel für mehr Tierwohl, mehr Nachhaltigkeit und mehr Transparenz ist.

Die Unionsfraktion nimmt die Anliegen der Verbraucher und der Landwirte ernst. Sie will die Wertschätzung von Lebensmitteln verbessern. Dazu gehören auch eine Kennzeichnung nach dem Prinzip Klarheit und Wahrheit sowie verlässliche Herkunftsangaben.

Die ländlichen Räume sind unsere Kraftzentren. Um sie zu stärken, wird ihre Entwicklung finanziell gefördert. Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.

# Familien fördern und entlasten

## AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**F**amilien sind die Grundlage unserer Gesellschaft, Kinder unsere Zukunft. Um ihr Leben frei gestalten zu können, brauchen Familien ausreichend Zeit, gute Betreuungsangebote und finanzielle Sicherheit. Die CDU/CSU-Fraktion und mit ihr die AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt sie bei der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf. Sie setzt sich ein für Chancengleichheit von Frauen und Männern, für die Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen und nicht zuletzt für den Kinderschutz. Auch fördert sie die Potenziale älterer Menschen.

In dieser Legislaturperiode schnürt die Koalition ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut, indem sie einkommensschwache und kinderreiche Familien sowie Alleinerziehende entlastet. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit beteiligt sich der Bund wie schon in den Jahren zuvor am massiven Ausbau der Betreuungsplätze für Klein-

kinder. In den Fokus rückt diesmal auch die Qualität der Kitas. Zusätzlich soll ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab 2025 geschaffen werden.



© Michael Wittig

# Den sozialen Zusammenhalt stärken

## AG Arbeit und Soziales

Den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft stärken, die Zahl der Langzeitarbeitslosen senken und die Bürger entlasten – das sind wesentliche Ziele der CDU/CSU-

Fraktion sowie der AG Arbeit und Soziales. Um diese Ziele zu erreichen, hat die Koalition bereits zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Mit Blick auf die Rentenversicherung

heißt das: Die Mütterrente wird für Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, erhöht. Die Erwerbsminderungsrente wird verbessert. Sowohl das Rentenniveau als auch der Beitragssatz werden bis 2025 stabilisiert.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Zudem wird noch in diesem Jahr ein Recht auf befristete Teilzeit – die sogenannte Brückenteilzeit – eingeführt. Langzeitarbeitslose sollen künftig vermehrt Beschäftigungsoptionen auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt erhalten. Dafür gibt es einen Lohnkostenzuschuss. Geringverdiener werden bei den Sozialbeiträgen weiter entlastet.



© Frank Zwiener

# Außenpolitik auf der Basis klarer Werte

## AG Auswärtiges

Deutsche Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet. Sie basiert auf einem klaren Wertefundament und ist fest verankert in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Zum Wertekanon gehören die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Rechte von Minderheiten. Anspruch der Unionsfraktion und der AG Auswärtiges ist es, dass weltweit immer mehr Menschen ihr Leben auf dem Fundament dieser Werte gestalten können.

Angeichts einer Vielzahl von gewaltsamen Auseinandersetzungen auf der Welt sind Krisenbewältigung und Konfliktvermeidung Hauptaufgaben der deutschen Außenpolitik – insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas. Aber auch die Stärkung der internationalen, regelbasierten Ordnung ist ein Kerninteresse



© Michael Wittig

Deutschlands. Deutschland wird seine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in den Jahren 2019/20 dazu nutzen, sein Gewicht in den Dienst der internationalen Diplomatie zu stellen.

# Die Bundeswehr robust aufstellen

## AG Verteidigung

Die Bundeswehr ist vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage stark gefordert. Sie hierfür robust aufzustellen, bleibt ein Kernanliegen der Unionsfraktion und der AG Verteidigung. Dazu gehört, dass das Material für die Bundeswehr schneller bei der Truppe ankommt und der Dienst in der Bundeswehr noch attraktiver wird.

Mit dem Koalitionsvertrag ist es CDU und CSU gelungen, hierfür die Weichen richtig zu stellen. Beschaffungswege sollen erleichtert und das Vergaberecht effizienter angewandt werden. Bereits umgesetzt wurde die Vereinbarung, Möglichkeiten für finanzielle Rücklagen bei aufwendigen Rüstungsprojekten zu schaffen.

Mit dem Verteidigungshaushalt 2019 ist Deutschland gut aufgestellt. In den parlamentarischen Beratungen hat die Unionsfraktion eine Steigerung um rund vier Milliarden

Euro gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 43,1 Milliarden Euro erreicht. Im kommenden Jahr wird die Union sich dafür einsetzen, die dienstrechtlichen Rahmenbedingungen für die Soldatinnen und Soldaten weiter zu verbessern.



© Michael Wittig

# Europa gestalten

## AG Angelegenheiten der Europäischen Union

Die Herausforderungen für die Europäische Union sind auch im Jahr 2018 nicht geringer geworden. Die Arbeiten an einem europäischen Asylsystem und am Ausbau des EU-Grenzschatzes dauern an. In der Wirtschafts- und Wäh-

rungsunion geht es darum, die Euro-Zone dauerhaft zu stabilisieren. Das zukünftige Verhältnis der EU mit Großbritannien, das die Union 2019 verlässt, muss austariert werden. Es bleibt ein zentrales politisches Arbeitsfeld der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der AG Europa, bei der Bewältigung dieser Aufgaben mitzuwirken.

Leitmotiv für die Arbeiten in und an der Europäischen Union ist der Subsidiaritätsgedanke. Europa muss in großen Fragen groß agieren und in kleinen Fragen klein. Denn nicht jedes Problem in Europa ist auch ein Problem für Europa. Umgekehrt gehören Politikbereiche wie die Handelspolitik, der EU-Außengrenzschatz und der Klimaschutz in die Zuständigkeit von Brüssel. Denn nur hier kann Europa in der Summe mehr erreichen als jedes Mitgliedsland für sich allein.



© Michael Wittig

# Ausbau der Infrastruktur vorantreiben

## AG Verkehr und digitale Infrastruktur

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland geht voran. Der Wechsel vom Kupfer- zum Glasfasernetz wurde eingeleitet. Dank des neuen Planungsbeschleunigungsgesetzes können Bauarbeiten an Straßen und Schienen zügig vonstatten gehen. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket für saubere Luft in den Städten wird ein entscheidender Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität geleistet. Um diese und weitere Themen kümmert sich die Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur der CDU/CSU-Fraktion.

Vorangetrieben hat die Unionsfraktion auch die größte Strukturreform in der Geschichte der Autobahnen. Im September wurde eine Infrastrukturgesellschaft des Bundes gegründet, die ab 2021 anstelle der Länder Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung und Finanzierung der 13.000 Kilometer Autobahnen übernimmt. Zum 1. Januar 2019 werden die Mauttarife für Lkw



© Michael Wittig

angepasst. So sollen schwere Fahrzeuge, die die Straßen stärker beanspruchen, auch finanziell stärker belastet werden. Elektro-Lkw werden von der Maut ausgenommen.

# Investitionen in kluge Köpfe

## AG Bildung und Forschung



© Michael Wittig

Die wichtigste Ressource Deutschlands sind exzellent ausgebildete und innovative Köpfe. Deshalb setzt sich die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung für hohe Investi-

tionen in diesem Bereich ein. Seit die Union 2005 die Leitung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung übernommen hat, hat sich dessen Etat von damals 7,6 Milliarden Euro auf zuletzt 17,6 Milliarden Euro mehr als verdoppelt.

Es bleibt das Ziel, dass bis zum Jahr 2025 in Deutschland 3,5 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investiert werden. In Zukunft muss der Transfer von der Forschung in die Praxis noch verbessert und zu einem festen Bestandteil der Forschungsförderung werden.

Eine weitere Top-Priorität ist die Förderung der beruflichen Bildung, die den gleichen Wert hat wie die akademische Bildung. Auf Initiative der Unionsfraktion hat der Bundestag im Juni 2018 die Enquete-Kommission »Berufliche Bildung in der digitalen

Arbeitswelt« eingesetzt. Ziel ist es, die Erfolgsgeschichte der beruflichen Bildung in Deutschland auch unter den Bedingungen der Digitalisierung fortzuschreiben.

# Für Klimaschutz, saubere Luft und Artenvielfalt

AG Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit



© Michael Wittig

Die Arbeitsgruppe Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion orientiert sich in ihrer politischen Ausrichtung am Zieldreieck der Nachhaltigkeit: Dies umfasst sowohl ökologische als auch ökonomische sowie soziale

Aspekte. In den Aufgabenbereich der AG fallen die Themen Klimaschutz, Luftreinhaltung, Kreislaufwirtschaft, Biodiversität und der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie.

Fest im Blick hat die AG die nationalen und europäischen Klimaziele. Für die Bereiche Energieerzeugung und Industrie, Verkehr, Wohnen und Landwirtschaft müssen konkrete Maßnahmenprogramme erarbeitet werden, um die Treibhausgasemissionen zu verringern. Geplant ist ein Gesetz, das die Einhaltung der Klimaziele 2030 gewährleistet. Damit die Luft in deutschen Städten noch sauberer wird, müssen alle Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden ausgeschöpft und somit weitere Fahrverbote vermieden werden. Um die Artenvielfalt zu sichern, wird beispielsweise ein Aktionsprogramm Insektenschutz aufgelegt und weitere Forschung angestoßen.

## Armut überwinden – Jobs und Perspektiven schaffen

AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Armut, Krieg und Unsicherheit prägen viele Entwicklungsländer. Da Flüchtlinge meist aus diesen Ländern kommen, gewinnt Entwicklungspolitik enorm an Bedeutung. Deshalb hat die unionsgeführte Koalition die Ausgaben für Entwicklung ganz beachtlich angehoben. In den Krisenländern Jobs und Lebensperspektiven zu schaffen – diese Aufgabe steht im Mittelpunkt der Arbeit der AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Maßgeblich für die Entwicklungspolitik ist die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele umfasst. Verantwortung für die Zukunft der Erde müssen dabei sowohl Entwicklungs- als auch Industrieländer übernehmen. Im Fokus stehen unter anderem Ernährung, Gesundheit, Bildung, Wasser und

Energie. Alle Staaten – auch Deutschland – müssen sich Nachhaltigkeitsziele setzen und über die Erfolge Rechenschaft ablegen. Auch damit befasst sich die AG.



© Michael Wittig

# Menschenrechte sind unteilbar

## AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Menschenrechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Sie durchdringen alle Politikbereiche. Das intensive Bemühen um die Wahrung der Menschenrechte beruht auf dem christlichen Menschenbild der CDU/CSU-

Fraktion und ist ein Eckpfeiler ihrer wertegeleiteten Außenpolitik. Zentrale Arbeitsfelder der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe sind auch in dieser Wahlperiode das Engagement für Religionsfreiheit weltweit, die Herausforderungen der Integrationspolitik, die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern sowie der ständig wachsende Bedarf an humanitärer Hilfe.

Deutschland ist eines der wichtigsten Geberländer weltweit. Die Arbeitsgruppe setzt sich dafür ein, dass Deutschland sein Engagement entsprechend seiner gewachsenen Verantwortung fortsetzt. Im aktuellen Haushaltsjahr steigen die regulären Ausgaben für die humanitäre Hilfe um 294 Millionen auf rund 1,5 Milliarden Euro an.



© Michael Wittig

# Für eine lebendige Zivilgesellschaft

## AG Sport und Ehrenamt

Sport und Ehrenamt sind elementar für den Zusammenhalt und das soziale Miteinander in der Gesellschaft. Raum für direkte Begegnungen, Engagement und auch Selbstverwirklichung gibt es in Vereinen, Verbänden oder Stiftungen. Ob im Katastrophenschutz, in Sportvereinen oder in Mehrgenerationenhäusern – Ehrenamtliche leben zentrale Werte und leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl. Die Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kümmert sich um verbesserte Rahmenbedingungen für die ehrenamtlich Tätigen.

Wichtige Maßnahmen hat sie bereits angestoßen, um die Anerkennung und Wertschätzung des freiwilligen Engagements zu fördern. Die bislang rund 100.000 Freiwilligendienststellen werden weiter ausgebaut. Die Option auf Teilzeit, die Möglichkeit für



© Lars Heinicke

Menschen mit Behinderungen zur Inanspruchnahme von Assistenzleistungen und die Aussicht auf Zusatzqualifikationen sollen die Attraktivität des freiwilligen Engagements weiter steigern.

# Die deutsche Kulturlandschaft stärken

## AG Kultur und Medien

Die Kulturpolitik des Bundes hat seit 2005 – seit CDU/CSU die Bundesregierung führen – im Vergleich zu anderen Politikfeldern enorm an Bedeutung gewonnen.

Das spiegelt sich deutlich in den Finanzmitteln für die Kulturförderung wider. Diese sind stetig gestiegen und liegen inzwischen bei jährlich 1,73 Milliarden Euro. Noch nie gab es so viel Geld für die Kultur: Es will und soll gut angelegt sein. Der Koalitionsvertrag sieht im Bereich Kultur und Medien viele gute Vorhaben vor.

Schwerpunkt der Bundeskulturpolitik muss nach Auffassung der AG Kultur und Medien in den nächsten Jahren der Erhalt und Ausbau der kulturellen Infrastruktur in der Fläche sein. Dazu gehört unter anderem, die Kino-Landschaft in Deutschland mit einem Programm zu fördern, das auch den Filmtheatern außerhalb der

Ballungsräume zugutekommt. Unabhängig von den zahlreichen anstehenden Jahrestagen soll auch die Erinnerungskultur stärker in den Fokus rücken.



© Julia Nowak

# Nationale Tourismusstrategie entwerfen

## AG Tourismus

Der Tourismus ist wichtiger Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung – vor allem im ländlichen Raum. Damit die Rahmenbedingungen für den Tourismus in Deutschland weiter verbessert werden, will die Koalition eine nationale Strategie entwickeln. Als Schwerpunkte werden im Koalitionsvertrag die Auslands-

werbung, eine Fachkräfteoffensive, Barrierefreiheit sowie eine engere Verzahnung der Förderinstrumente von EU, Bund und Ländern genannt. Die AG Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beteiligt sich an der Ausarbeitung dieser Tourismusstrategie. Zu den eigenen Schwerpunkten gehören die Stärkung des ländlichen Raums, Aus- und Weiterbildung, Digitalisierung und Umweltverträglichkeit.

Die Arbeitsgruppe setzt sich für strukturschwache Regionen ein, damit sie eine lebenswerte Heimat für viele Menschen bleiben. Angesichts des demografischen Wandels, Veränderungen in der Landwirtschaft und Herausforderungen durch den Klimaschutz kann der Tourismus einen entscheidenden Beitrag zum Schutz vor Abwanderung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Erhalt der Infrastruktur leisten.



© Michael Wittig

# Petitionen sind Gradmesser für die Politik

## AG Petitionen

Wenn Politiker wissen wollen, ob ihre Gesetze wirken, ob Initiativen gefragt oder Nachbesserungen erforderlich sind, hilft ein Blick in die Akten des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. Beim Petitionsausschuss suchen Menschen den direkten Draht zum Gesetzgeber – eine gute Entscheidung, denn dort nimmt man sich ihrer an. Gemäß Artikel 17 des Grundgesetzes hat jeder das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an den Bundestag zu wenden.

An den Petitionsausschuss schreiben jedes Jahr tausende Menschen. Allein im ersten Halbjahr 2018 erreichten ihn rund 6.200 Eingaben. Die Arbeitsgruppe Petitionen bearbeitet jedes Anliegen und schafft Abhilfe, wann immer es möglich ist. Knapp die Hälfte der Petitionen kann im weite-



© Michael Wittig

ren Sinne positiv beschieden werden. Einige lassen sich durch Rat und Auskunft klären, andere wiederum werden der Bundesregierung mit der Bitte übermittelt, die Anregung in den Gesetzgebungsprozess einzubeziehen.

# Digitalisierung zum Erfolg machen

## AG Digitale Agenda



© Julia Wiefers

Die Digitalisierung ist eine der zentralen Aufgaben dieser Wahlperiode. Dazu gehören der Aufbau von Gigabit-Netzen und flächendeckendem Mobilfunk, die Förde-

rung der digitalen Bildung an Schulen und Universitäten oder auch die Errichtung eines digitalen Bürgerkontos. Digitalisierung bedeutet auch, neue Technologien voranzutreiben – wie Künstliche Intelligenz und Blockchain, Telemedizin, das Internet der Dinge oder Smart Farming. Innovative Unternehmen und Start-ups brauchen ein gründerfreundliches Klima, denn sie sind der Mittelstand von morgen.

Aufgabe der Arbeitsgruppe Digitale Agenda der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es, diese Herausforderungen auf parlamentarischer Ebene zu begleiten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern. Den digitalen Wandel gilt es so zu gestalten, dass er den Bürgern dient. Digitale Anwendungen sollten also nutzerzentriert sein. Der einzelne muss die Hoheit

über seine persönliche Daten behalten. Gleichzeitig sollten nichtpersönliche Datensätze für die Wirtschaft nutzbar gemacht werden können.

# Weichen stellen für den Wohnungsbau

AG Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen



© Michael Wittig

**A**ngesichts der Engpässe auf dem Wohnungsmarkt in den Ballungsgebieten stellt die unionsgeführte Koalition in dieser Wahlperiode die Weichen für den Bau von 1,5 Millionen neuer Wohnungen. Erste Maßnahmen sind das

Baukindergeld, die Sicherung der sozialen Wohnraumförderung, die steuerliche Förderung des Neubaus von Mietwohnungen sowie die Weiterentwicklung des sozialen Mietrechts. Die Arbeitsgruppe Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begleitet all dies konzeptionell.

Das Baukindergeld gehört zu den wichtigsten baupolitischen Vorhaben der CDU/CSU. Bis zu zehn Jahre wird pro Kind ein jährlicher Zuschuss von 1.200 Euro gewährt. Mit mindestens fünf Milliarden Euro soll in dieser Legislaturperiode der soziale Wohnungsbau unterstützt werden. Auch der altersgerechte Umbau von Wohnungen wird mit jährlich 75 Millionen Euro gefördert, damit ältere Bürger möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld wohnen bleiben können. Weitere 65 Millionen Euro jährlich werden für den Einbruchschutz zur Verfügung gestellt.

Das Fraktionsplenum debattiert über die Vorlagen, die die Arbeitsgruppen ausgearbeitet haben.



© Michael Wittig

# Die große Koalition ist besser als ihr Ruf

## Die Union ist ihr Taktgeber

**D**ie große Koalition hat in den ersten acht Monaten deutlich mehr erreicht als viele Koalitionen zuvor. Die Unionsfraktion ist der Taktgeber dieser Politik in Berlin.

In zahlreichen Themenfeldern haben wir bereits konsequent geliefert. Wir haben einen Rekordhaushalt mit spürbaren Entlastungen, kräftigen Investitionen in Infrastruktur und Innovationen und schwarzer Null durchgesetzt. Wir haben eine Wohnraumoffensive mit Baukindergeld und Sonderabschreibung für neue Wohnungen gestartet. Und wir haben den Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte abgeschafft, die Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung gesteigert und einen Masterplan Migration vorgelegt.

Damit haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, um in dieser Wahlperiode das Leben der Menschen in unserem Land weiter spürbar zu verbessern, unsere wirtschaftliche und soziale Stärke für die Zukunft weiter fortzuschreiben. Das heißt – gerade in Zeiten höchster Steuereinnahmen – zuallererst: entlasten. All jene, die das Steuergeld erwirtschaften und erarbeiten, sollen etwas zurückbekommen. Wir wollen Rekordsteuereinnahmen nicht horten, sondern Einnahmen und Ausgaben, Steuern und Entlastungen im Gleichgewicht halten.

Wir bringen die Netto-Frage zurück auf die Agenda der Politik. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte senken. Angesichts immer weiter steigender Rücklagen ist klar: Sozialkassen sind keine Sparkassen. Wir brauchen eine deutlich stärkere Senkung des Arbeitslosen-

versicherungsbeitrags. Und wir haben uns auch hier durchgesetzt. Zum 1. Januar 2019 senken wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte und entlasten dadurch die Beitragszahler um sechs Milliarden Euro.

Darüber hinaus bauen wir für 2019 und 2020 die kalte Progression ab und sorgen damit für eine Entlastung von über vier Milliarden Euro. Wir erhöhen das Kindergeld in zwei Schritten um 25 Euro pro Monat und Kind und passen auch den Kinderfreibetrag entsprechend an. Außerdem haben wir die paritätische Krankenversicherung wieder eingeführt, so dass die Beiträge wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Auch das ist eine echte, spürbare Entlastung.

Diese Politik müssen wir fortsetzen und finanzielle Spielräume nutzen, um die Menschen weiter zu entlasten. Auch die Debatte um den Soli darf dabei kein Tabuthema sein.

Die Bilanz zeigt: Die GroKo ist besser als ihr Ruf. Mein Ziel ist es, dass diese Koalition auch weiterhin funktioniert und gute Ergebnisse liefert. Wir haben einen Koalitionsvertrag bis 2021 vereinbart, den sollten wir erfüllen.

»In Zeiten höchster Steuereinnahmen müssen wir die Bürger entlasten.«

**Alexander Dobrindt**  
Erster Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und  
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe





© Julia Nowak

## 100 Jahre Frauenwahlrecht – Mehr Frauen in die Politik

Festveranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Schauspielerinnen Sophia Thomalla, Aufsichtsrätin Fränzi Kühne, der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, der Vorsitzenden der Gruppe der Frauen der Unionsfraktion, Yvonne Magwas, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Fraktionschef Ralph Brinkhaus (v.l.n.r.)

**CDU**  **CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag

### Impressum

Herausgeber:  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer  
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
dient ausschließlich der Infor-  
mation. Sie darf während eines  
Wahlkampfes nicht zum Zweck  
der Wahlwerbung verwendet  
werden.

### Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

Fraktion direkt:  
[www.cducsu.de/fraktiondirekt](http://www.cducsu.de/fraktiondirekt)

Bundestagsdrucksachen:  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)



[www.facebook.com/  
cducsubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducsu](https://www.youtube.com/cducsu)



[twitter.com/cducsubt](https://twitter.com/cducsubt)



[www.instagram.com/  
cducsubt](https://www.instagram.com/cducsubt)